

Leserbrief zum Artikel vom 29.1.14: Ist Arbeitspflicht für Sozialhilfebezüger legal?

Gegen „moderne Form von Zwangsarbeit“

Wer Sozialhilfe beziehen will, soll zuerst einen Monat im Wald Abfall sammeln. Derart will die FDP-Emmen gestützt auf das Winterthurer Modell „Passage“ das Sozialwesen „aufmischen“. Laut LZ sollen die Betroffenen für diesen Einsatz 4500 Franken Monatsgeld erhalten. Die Nachfrage in Winterthur bringt Ernüchterung: Das Entgelt liegt höchstens um 500 Franken über demjenigen der Sozialhilfe. Eine alleinstehende Person bekäme somit in Emmen rund 2200 Franken für den Waldeinsatz, also nicht einmal die Hälfte des Vorgegaukelten. Diejenigen unter den Gesuchstellern, die sich den Lebensunterhalt mit Schwarzarbeit aufbessern, vermag diese Hürde offenbar vom Bezug der Sozialhilfe abzuhalten. Vermutet wird in Winterthur aber, dass ein Teil der Gesuchsteller statt in den Wald in den Drogenhandel und anderer Geschäfte abtauche. Ob das Gemeinwesen sich mit einer derartigen Reform einen Gefallen tut, muss bezweifelt werden. Bedenkt man nur einmal der Gelder, die gegen Missbrauch von Drogen und Schwarzarbeit anheimfallen.

Die Leidtragenden der geforderten Reform in Richtung moderne Zwangsarbeit wären die Ehrlichen, darunter Männer und Frauen, die jahrelang für ihre Familie arbeiteten bevor man sie wegen Umstrukturierungen und Arbeitsplatzabbau auf die Strasse stellte. Von Menschen, die der Arbeitsmarkt aus Profitgründen nicht mehr integrieren will, vor Bezug der Sozialhilfe mit Staatsgewalt den Beweis der „Arbeitswilligkeit“ einzufordern, lässt sich nicht mit unseren Grundrechten vereinbaren. Dass der Verband der ausführenden Sozialarbeitenden sich dagegen verwendet, lässt Hoffnung aufkommen.

Wer, wie die FDP, den Fokus auf Missbrauch von öffentlichen Geldern richtet, soll sich doch vorerst um die Regierungsräte in den eigenen Reihen kümmern, die aufgrund ihrer nichtdeklarierten Nebeneinkünfte unter Abzocker-Verdacht geraten sind. Mit dem Geld, das beispielsweise die FDP-Regierenden Christian Wanner und Adrian Balmer ihrem Arbeitgeber, dem Staat, vorenthalten haben, liessen sich immerhin 13 SozialhilfebezügerInnen ein Jahr lang finanzieren.

Heidi Joos, Geschäftsführerin 50plus outIn work